

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Jörg Echternkamp

Einleitung. Rumänien und die DDR als Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes: beziehungs- und vergleichsgeschichtliche Aspekte	9
--	---

Politische Verflechtungen

Rüdiger Wenzke

Im Zeichen der Entspannungspolitik? Die Nationale Volksarmee der DDR in den 1970er Jahren	25
--	----

Manuel Stănescu

Von der Distanz zur Annäherung im Warschauer Pakt? Die Beziehungen zwischen Rumänien und der DDR im Spiegel der Treffen ihrer Verteidigungsminister.....	37
--	----

Klaus Storkmann

Verbündete auf Distanz. Ostdeutsch-rumänische Militärkontakte vor dem Hintergrund der politischen Beziehungen	51
--	----

Gemeinsame Übungen im Bündnis

Christoph Nübel

Zwischen Bündnispflichten und Eigeninteressen. Die DDR, Rumänien und das Manöver »Waffenbrüderschaft« 1970	71
---	----

Sorin-Vasile Negoită

Bündnistreue oder nationales Interesse? Zur Beteiligung rumänischer Streitkräfte an den Übungen und Manövern der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes	91
---	----

Militärhilfe in Afrika und im Nahen Osten

Sorin Cristescu
Rumänische Militärhilfe für Afrikanische Staaten.
Die »Operation Sirius« in der Volksrepublik Angola..... 117

Klaus Storkmann
Die DDR als Akteur im »Globalen Kalten Krieg«?
Militärisches Engagement für Afrika und den Nahen Osten
und seine Koordinierung mit der sowjetischen Führung..... 127

Dokumententeil

Bilder 149
Textdokumente 153

* * *

Abkürzungen..... 237
Personenregister..... 240
Autoren 243

Jörg Echternkamp

Einleitung. Rumänien und die DDR
als Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes:
beziehungs- und vergleichsgeschichtliche Aspekte

I.

Mitte der 1950er Jahre hatte die sowjetische Deutschlandpolitik ein klares Ziel: die Bewaffnung der Bundesrepublik, ihre Mitgliedschaft in der NATO und damit die Integration in die westliche Staatengemeinschaft in letzter Minute abzuwenden. In Moskau fiel deshalb die Entscheidung, die bereits 1952 in der DDR aufgestellten getarnten militärischen Einheiten, die Kasernierte Volkspolizei (KVP),¹ in reguläre Streitkräfte umzuwandeln. Als Bundeskanzler Konrad Adenauer und die westlichen Siegermächte am 23. Oktober 1954 die Pariser Verträge unterzeichneten, die das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland beendeten und deren Beitritt zur NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU) regelten, erlaubte Moskau die offizielle Aufrüstung seines ostdeutschen Vasallenstaates. Das war Wasser auf die Mühlen der Politik von Walter Ulbricht. Denn nun war die DDR nicht länger nur Verhandlungsmasse der sowjetischen Führung. Erst 1952 hatte Stalin die Existenz der DDR mit seinen Deutschland-Noten in Frage gestellt; und dass sowjetische Truppen den Aufstand vom 17. Juni 1953 niederschlugen, hatte an der mangelnden Souveränität des jungen Staates keinen Zweifel gelassen. Über eine eigene Armee zu verfügen war deshalb in den Augen der ostdeutschen – wie auch der westdeutschen – Regierung ein Zeichen staatlicher Selbstbestimmung.²

Freilich war der Aufbau der NVA ohne die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht zu haben. Rund eine halbe Million Soldaten waren hier bis zum Ende des Kalten Krieges stationiert. Der personelle Umfang der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) von 1954 bis 1988 war mindestens doppelt so groß wie die Zahl der eigenen Truppen, die jetzt unter der Bezeichnung »Nationale Volksarmee« firmierten. Der Name war Programm: Zum einen betonte er den nationalen, gesamtdeutschen Anspruch und grenzte die NVA von der als »Spalterarmee« diffamier-

¹ Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956, 2. Aufl., Berlin 2003 (= Militärgeschichte der DDR, 1).

² Rüdiger Wenzke, Ulbrichts Soldaten. Die Nationale Volksarmee 1956 bis 1971, Berlin 2013 (= Militärgeschichte der DDR, 22). Vgl. Winfried Heinemann, Die DDR und ihr Militär, München 2011 (= Beiträge zur Militärgeschichte. Militärgeschichte kompakt, 3), S. 11, 31–41, 132–138.

ten Bundeswehr ab. Zum anderen sollte der Name die propagandistische Vorstellung zum Ausdruck bringen, dass es sich bei der NVA erstmals in der deutschen Geschichte um Streitkräfte des Volkes handelte und nicht, wie in der Bundesrepublik, um das militärische Instrument der herrschenden Klasse und einen Büttel der USA. Während die Bundesrepublik in eine Militärallianz aufgenommen wurde, die seit der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages am 4. April 1949 bestand, zählte die DDR zu den Gründungsmitgliedern des östlichen Militärbündnisses.

Als Gegenstück zum Nordatlantikpakt wurde am 14. Mai 1955 in Warschau mit dem »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« (Warschauer Vertrag, wie es im Sprachgebrauch der DDR hieß) der militärische Beistandspakt unter sowjetischer Führung ins Leben gerufen. Das »rote Bündnis«³ sicherte Moskaus Hegemonialanspruch in Osteuropa und ermöglichte die Aufstellung ostdeutscher Streitkräfte. Wie bei der Bundeswehr handelte es sich bei der NVA vom ersten Tag an um eine Koalitionsarmee. Und wie die NATO sah sich der Warschauer Pakt mit dem Problem konfrontiert, Sicherheit *vor* Deutschland und Sicherheit *mit* Deutschland unter einen Hut zu bringen, zumal Ulbricht und sein Nachfolger Erich Honecker bemüht waren, die NVA, die nach innen als Herrschaftsinstrument der SED fungierte, nach außen als einen besonders wertvollen militärischen Bündnispartner hinzustellen.

Mit am Tisch im Warschauer Staatsratsgebäude saßen 1955 auch Vertreter der Volksrepublik Rumänien. In den 1930er Jahren hatte sich der Vielvölkerstaat Rumänien – rund ein Viertel der Bevölkerung gehörte der ungarischen, ukrainischen, bulgarischen oder deutschen Minderheit an – unter der Königsdiktatur von Carol II. am nationalsozialistischen Deutschland orientiert. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs und nach großen territorialen Verlusten hatte General Ion Antonescu eine Militärdiktatur errichtet und sich an der Seite der Wehrmacht am Krieg gegen die UdSSR beteiligt, bevor das Land 1944 unter dem Einfluss des sowjetischen Vormarsches und nach dem Sturz des Antonescu-Regimes die Fronten wechselte. Nach Kriegsende sorgte die sowjetische Führung für einen Elitenwechsel; politische Gegner wurden deportiert und ermordet, bürgerliche Parteien verboten, König Michael I. (Mihai I.) wurde abgesetzt. Wie in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erzwang Moskau auch in Rumänien die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Partidul Muncitoresc Român (PMR, dt. Rumänische Arbeiterpartei) und ließ die Volksrepublik Rumänien ausrufen.

Der ehemalige Chef der Kommunistischen Partei Gheorghe Gheorghiu-Dej stieg zum Ministerpräsidenten (1952–1955), dann als Vorsitzender des Staatsrates zum Staatsoberhaupt auf. Er trieb die Sowjetisierung des Landes voran, ging aber auch auf Abstand zur UdSSR. Nach seinem Tod 1965 übernahm der Kommunist Nicolae

³ Vgl. als erste deutschsprachige Gesamtdarstellung Frank Umbach, *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1951 bis 1991*, Berlin 2005 (= Militärgeschichte der DDR, 10); *A Cardboard Castle. An Inside History of the Warsaw Pact*. Ed. by Vojtech Mastny and Malcolm Byrne, 1955–1991, Budapest 2005; *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991*. Hrsg. von Torsten Diedrich, Winfried Heinemann und Christian F. Ostermann, Berlin 2009 (= Militärgeschichte der DDR, 16); Dieter Krüger, *Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt 1947 bis 1991*, Fulda 2013.

Ceaușescu – vor 1945 hatten beide eine Zelle geteilt – den Parteivorsitz und Ende 1967 von Chivu Stoica auch den Vorsitz des Staatsrates; von 1974 bis zu seiner Hinrichtung am 25. Dezember 1989 war er Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien (SRR), die am 21. August 1965 von der Führung der Partidul Comunist Român (PCR, dt. Rumänische Kommunistische Partei), wie die Staatspartei fortan hieß, ausgerufen worden war. Der Sohn eines Kleinbauern war seit 1967 Parteichef, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber in einer Person. In seiner Amtszeit errichtete Ceaușescu eine neostalinistische Diktatur.⁴ Zwar verzichtete das Regime nicht ganz auf die sozialrevolutionäre Rhetorik, zwar gab es keine Massenverbrechen wie zu Stalins Zeiten, doch Ceaușescus Regime war geprägt durch den Personenkult um den »Conducător« (Führer), einen extremen Nationalismus und die Diskriminierung ethnischer Minderheiten. Nicht zuletzt wurden politische Gegner durch die Geheimpolizei Securitate verfolgt, darunter der langjährige Verteidigungsminister und Vizepräsident Generaloberst Ion Ioniță, der im Juni 1976 seines Amtes enthoben wurde. Ein anderes Beispiel ist Ion Gheorghe Maurer, ein Nachfahre deutschstämmiger Siebenbürger und einer der dienstältesten Ministerpräsidenten Europas. Er wurde entlassen, nachdem er den Personenkult um den zur Macht drängenden Ceaușescu kritisiert und eine realistische Wirtschaftsplanung angemahnt hatte. Ihm folgte der Parteitechnokrat Manea Mănescu.

Die Soldaten der Rumänischen Volksarmee (Armata Română), schlecht ausgerüstet und als billige Arbeitskraft genutzt, stellten sich während der Rumänischen Revolution zum Teil auf die Seite der Demonstranten, während andere mit Panzern in Bukarest für ein Massaker sorgten, bis die Armeeführung schließlich mit den Demonstranten gemeinsame Sache machte. Am 25. Dezember 1989 wurden Ceaușescu und seine Frau vor ein Militärgericht gestellt und standrechtlich erschossen. Da feierten die Deutschen gerade das erste Weihnachtsfest nach dem Fall der Berliner Mauer. Eineinhalb Jahre später löste sich der Warschauer Pakt offiziell auf.

Zwar unterschied sich die geostrategische Lage der DDR und Rumäniens im Kalten Krieg deutlich. Anders als die NVA gehörte die Rumänische Armee nicht zu den Streitkräften, die unmittelbar an der Grenze der beiden Blöcke stationiert waren. Rumänien war kein »Frontstaat«, wie es im sozialistischen Jargon hieß; rund 1500 Kilometer trennten Bukarest von Berlin. Beide Länder lagen jedoch im sowjetischen Einflussbereich, gehörten dem Warschauer Pakt an und waren daher einander in »sozialistischer Waffenbrüderschaft« verbunden, um eine weitere Propagandaformel zu bemühen. Rumänien hatte freilich mit Jugoslawien einen sozialistischen Anrainer, der dem Warschauer Pakt nicht beigetreten war.

Die Warschauer Vertragsorganisation (WVO) – so lautete die Selbstbezeichnung – erweiterte mit ihrer multilateralen Struktur das System bilateraler Bündnisverträge zwischen der UdSSR und ihren jeweiligen Bündnispartnern. Die politische Funktion des Warschauer Paktes stand dabei bis in die frühen 1960er Jahre im Vordergrund. Erst als die Kuba-Krise 1962 vor Augen führte, dass eine militärische Expansionsstrategie,

⁴ Vgl. Mariana Hausleitner, Stalinismus und Neostalinismus in Rumänien. In: Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Fremde Wege – Eigene Wege, Berlin 1994, S. 87-102 (= Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 2), S. 21.

die sich vor allem auf Nuklearwaffen stützte, nicht aufging, gewannen konventionelle Streitkräfte für Moskau an Bedeutung. Jetzt schien ein begrenzter Krieg mit nicht-atomaren Waffen nicht ausgeschlossen (wie der Vietnamkrieg wenig später eindrucksvoll belegen sollte). Damit wuchs die Notwendigkeit, die militärischen Partner enger und systematischer in das Bündnis einzugliedern. Wie sie sich einen künftigen Krieg vorzustellen und auf ihn vorzubereiten hatten, bestimmte die sowjetische Militärdoktrin. Moskaus marxistische Sicht auf den »Klassencharakter« des Krieges war für alle Bündnisstaaten bindend. Das lag nicht nur an der Übermacht sowjetischer Truppen, sondern auch an dem Anspruch der KPdSU, im östlichen Lager die ideologische Führung zu übernehmen. Als der Vertrag 1975 auslief, blieb Rumänien im Warschauer Pakt, in einem Bündnis, »das seine Mitglieder nicht vor einer Intervention anderer Mitglieder schützt«, wie »Der Spiegel« im Juli 1974 schrieb – eine Anspielung auf den Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968.⁵

Die Leitung des Warschauer Paktes oblag dem Politischen Beratenden Ausschuss (PBA), der einmal im Jahr in Moskau tagte. Die Mitgliedsstaaten waren durch die Generalsekretäre des Zentralkomitees (ZK) der Parteien, die Regierungschefs und die Außenminister vertreten. Zusätzlich wurde 1969 ein Komitee der Verteidigungsminister eingerichtet, um den Mitgliedsstaaten nach Prag eine Mitsprache einzuräumen. Das Vereinte Oberkommando, für das die Mitglieder Teile ihrer Streitkräfte zur Verfügung stellten, hätte im Kriegsfall keine operative Zuständigkeit gehabt, weil die alleinige Befehlsgewalt beim Generalstab der Sowjetunion gelegen hätte. Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte (VSK) war immer ein Marschall der Sowjetunion, der als Vertreter des sowjetischen Verteidigungsministers diesem direkt unterstand. Das Hauptquartier lag denn auch (seit 1972) in Moskau.⁶

In Europa lagen aus östlicher Sicht drei künftige Kriegsschauplätze, auf die sich die Planung der Warschauer-Pakt-Staaten richtete: ein nordwestlicher (Skandinavien), ein westlicher (Mittel- und Westeuropa) und ein südwestlicher (südlich der Alpen). Bis in die 1980er Jahre ging die Militärdoktrin davon aus, dass ein künftiger Konflikt zwar durch einen Angriff des Westens ausgelöst würde, die Kampfhandlungen jedoch umgehend offensiv auf das gegnerische Territorium zurückgeschlagen werden müssten. In den letzten Jahren des Bündnisses spielten jedoch auch Vorstellungen von einer zeitweisen Verteidigung im eigenem Bereich angesichts der Rüstungsentwicklung im Westen eine größere Rolle. Auch defensive Maßnahmen wurden nun geübt. Die »Waffenbrüderschaft« mit den anderen Armeen galt in jedem Fall als Garant für die militärische Überlegenheit des sozialistischen Lagers.⁷ Der Begriff diente einerseits der Propaganda dazu, den Zusammenhalt der »Bruderarmeen« zu beschwören, andererseits stand er für die bi- und multilaterale Verflechtung der nationalen Streitkräfte, namentlich mit den sowjetischen.

⁵ Ostblock: Reihen geschlossen. In: Der Spiegel, 1.4.1974.

⁶ Oberkommandierende der VSK waren: Marschall der Sowjetunion Ivan S. Konev (1955–1960), Andrej A. Grečko (1960–1967), Ivan I. Jakubovskij (1967–1976), Viktor Kulikov (1977–1989), Petr G. Lušev (1989–1991).

⁷ Rüdiger Wenzke, »Sozialistische Waffenbrüder?« Über die Beziehungen der Nationalen Volksarmee der DDR zu anderen Warschauer-Pakt-Armeen. In: Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch (wie Anm. 3), S. 85–118.

II.

Um die Bedeutung des Militärs in den einzelnen Ländern zu verstehen, muss man dieses Beziehungsgeflecht und seinen Wandel mit in den Blick nehmen. Das gilt für das östliche wie das westliche Lager. Ein integraler Ansatz, wie ihn das Militärgeschichtliche Forschungsamt Mitte der 1990er Jahre gewählt hat, suchte deshalb von vornherein die Geschichte der NVA und der Bundeswehr mit einer Geschichte der jeweiligen Militärallianz zu verbinden, in die sie eingebunden waren.

Hinzu kamen bilaterale Forschungsprojekte, häufig auf der Grundlage erster gemeinsamer Workshops mit Militärhistorikern der ehemaligen Ostblockstaaten. Das Interesse galt insbesondere dem Verhältnis der NVA zur Polnischen Volksarmee und zur Polnischen Seekriegsflotte,⁸ zur Ungarischen Volksarmee⁹ und zur Tschechoslowakischen Volksarmee.¹⁰ Dabei ist zum einen die beiderseitige Bündnisintegration zu berücksichtigen, zum anderen müssen die nationalen wie internationalen Rahmenbedingungen des Ost-West-Konflikts in Rechnung gestellt werden. Auch wenn das Blickfeld durch bilaterale Kriterien abgesteckt wurde, war der besondere Einfluss der Sowjetunion auf die Beziehungen zwischen den jeweiligen Streitkräften nicht zu übersehen. Eine dringend erforderliche militärische Beziehungsgeschichte der DDR und der Sowjetunion steht indes weiterhin aus.

Der bilaterale Zugriff trägt dazu bei, die einzelnen Akteure des Warschauer Paktes ins Rampenlicht zu rücken, die in Gesamtdarstellungen des Bündnisses naturgemäß im Hintergrund bleiben. Nationale Pfadabhängigkeiten lassen sich so besser in die internationale Geschichte einschreiben. Die thematischen Akzente wurden unterschiedlich gesetzt: Mal ging es vor allem um die Rolle in den militärischen Planungen, mal um die Zusammenarbeit mit dem Militär der Nachbarstaaten. Die Kooperation mit den militärhistorischen Instituten der ehemaligen WVO-Mitgliedsstaaten sorgte und sorgt nicht nur für den Austausch von Forschungsergebnissen und die Identifikation neuer Forschungsthemen, sondern bietet im Idealfall auch den Vorzug, bislang unbekannte Quellendokumente auswerten zu können – sofern die Archivpolitik des jeweiligen Landes dies zulässt.

Hier schließt der vorliegende Band zur Geschichte der ostdeutschen und rumänischen Streitkräfte im Warschauer Pakt an. Zwar war das Verhältnis der NVA zur Armata Română bei Weitem nicht so eng wie zu den polnischen oder tschecho-

⁸ Rüdiger Wenzke, Die NVA und die Polnische Armee als Koalitionsstreitkräfte auf dem europäischen Kriegsschauplatz in den 1980er Jahren. In: Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Paktes. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Rüdiger Wenzke, Potsdam 2010 (= Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 12), S. 97–125.

⁹ Vgl. Die NVA und die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Hans-Hubertus Mack, Lászlá Veszprémy und Rüdiger Wenzke, Potsdam 2011 (= Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 15).

¹⁰ Vgl. Zwischen Bündnistreue und staatlichen Eigeninteressen. Die Streitkräfte der DDR und der ČSSR 1968 bis 1990. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hrsg. von Oliver Bange, Potsdam 2016 (= Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 26), S. 9–12; Rüdiger Wenzke, Im Zeichen der »Waffenbrüderschaft«. Zu den militärischen Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei 1956–1990. In: DDR und ČS(S)R 1949–1989. Eine Beziehungsgeschichte am Anfang. Hrsg. von Miloš Řezník und Katja Rosenbaum, München 2012, S. 187–201.

slowakischen Streitkräften. Doch der doppelseitige Blick lohnt auch hier: disziplin-geschichtlich, weil er zu ersten Annäherungen deutscher und rumänischer Historikerinnen und Historiker auf dem Gebiet der Militärgeschichte nach 1945 und damit einem Wissenstransfer führt; thematisch und methodisch, weil auch die vermutete Andersartigkeit unseren Blick für das Spezifische des Eigenen schärft; erinnerungs-politisch, weil der Austausch, den die Zusammenarbeit zwangsläufig mit sich bringt, einen Perspektivenwechsel bedeutet, der es möglich macht, die »geteilte« europäische Geschichte von der Warte eines Anderen zu betrachten.¹¹ Dass es sich dabei aus westdeutscher Sicht um einen ehemaligen Staat des östlichen Lagers handelt, erhöht den Reiz noch, liefert die Geschichte der Militärgeschichte doch auch Hinweise auf Kontinuitäten und Brüche der allgemeinen rumänischen Geschichtskultur in den vergangenen dreißig Jahren.

Nach dem Umbruch in Rumänien vom Dezember 1989 wurde die kommunistische Herrschaft als ein anti-rumänisches Besatzungsregime interpretiert.¹² Während dieser Fremdherrschaft habe der rumänische Staat seine Souveränität verloren; das Regime führte seinen Kampf gegen die Rumänen. In der öffentlichen Erinnerung an diese Zeit standen die Opfer des vermeintlich anti-rumänischen Kommunismus und des antikommunistischen Widerstandes im Vordergrund. Das Memorial Sighet im Norden Rumäniens, die Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus und des antikommunistischen Widerstandes, ist ein Beispiel für dieses Narrativ. Es hatte nicht nur die Funktion, die kommunistischen Politiker der Gegenwart wie Ion Iliescu, den Präsidenten Rumäniens von 1989 bis 1996 und von 2000 bis 2004, zu delegitimieren, sondern wurzelte auch in einer nationalistischen Tradition, die Rumäniens Geschichte als einen fortwährenden Kampf um nationale Einheit und Eigenständigkeit beschrieb. Dieses Geschichtsbild hatte schon die späten Jahre der Ceaușescu-Herrschaft geprägt. Der Umbruch änderte diese Sichtweise zunächst nicht. Die kritische Auseinandersetzung blieb lange aus; die historischen Museen schlossen ihre zeitgeschichtlichen Abteilungen, die Einheits-Schulbücher wurden weiter genutzt. Ohne die kommunistische Komponente bildete der Nationalismus vielmehr ein Verbindungsstück zwischen der kommunistischen und der post-kommunistischen Zeit. Der Blick ging stattdessen weiter zurück auf die Entstehung Großrumäniens 1918 und die Zwischenkriegszeit. Nach 1989 galt der Diktator Antonescu als Vorkämpfer eines souveränen Nationalstaats. In der oberflächlichen Beschäftigung mit der Ceaușescu-Ära wurde deren heroischer Nationalismus, der in weiten Kreisen der Gesellschaft verankert war, als Propaganda kleingeredet.¹³

Militärhistorische Ausstellungen regten selten zur Reflexion über die Vergangenheit an. Im »Saal der Revolution« des 1923 gegründeten Nationalen Militärmuseums

¹¹ Geschichte ohne Grenzen? Europäische Dimensionen der Militärgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hrsg. von Jörg Echternkamp und Hans-Hubertus Mack, Berlin 2017.

¹² Das Folgende nach: Martin Jung, In Freiheit. Die Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte in Rumänien (1989–2009), Berlin 2016, S. 423–457.

¹³ Lucian Boia, Rumänien. Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft, Köln 2003; Lucian Boia, Unterschiedliche Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. In: Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Bd 2. Hrsg. von Monika Flacke, Mainz 2004, S. 541–568.

(Muzeul Militar Național) lautet die Botschaft: Die Armee hat Ende 1989 unter schmerzlichen Verlusten die Revolution erkämpft und den Rumänen die Freiheit gebracht. Diesen Kampf versinnbildlichen die Revolutionsdenkmäler, während das Memorial Sighet den Terror der kommunistischen Fremdherrschaft heraushebt. Der Verzicht auf Deutungsangebote charakterisiert auch die in den frühen 2000er Jahren neu gestaltete Ausstellung der Abteilung für Zeitgeschichte des Bukarester Militärmuseums. Der Rückzug auf das Faktische soll die ausgestellten Artefakte für sich sprechen lassen. Das individuelle Handeln geriet aus dem Blick, wo einzelne Personen in ein Kollektiv vereinnahmt wurden. So wurde Vasile Milea, Ceaușescus letzter Verteidigungsminister, der an der gewaltsamen Unterdrückung der Demonstrationen im Dezember 1989 beteiligt war, als einer der vielen »Märtyrer-Helden« dargestellt, die während des Umbruchs ums Leben kamen. Eine kritische Beschäftigung mit Rumäniens Geschichte zwischen 1945 und 1989, einschließlich der Militärgeschichte, war so kaum möglich.

Der Generationswechsel und die mittlerweile verbesserte Quellenlage lassen seit einigen Jahren einen Wandel erkennen. Das hat unter anderem die öffentliche Debatte über den kommunistischen Staatssicherheits- und Repressionsapparat gezeigt, die auch in Deutschland verfolgt wurde.¹⁴ Die jetzt anlaufende Erforschung der rumänischen Militärgeschichte seit den 1960er Jahren kann deshalb als ein Beitrag zur Aufarbeitung der Ceaușescu-Zeit gelesen werden. Insofern ist es ein guter Zeitpunkt, das Thema auch zu einem deutsch-rumänischen Projekt zu machen. Das gilt umso mehr, als die deutsche Militärgeschichte ihrerseits der jüngeren Zeitgeschichte mit trans- und internationaler Orientierung neue Impulse geben kann.¹⁵

Dabei geht es nicht darum, relativ beliebige Themen aus der deutschen und rumänischen Militärgeschichte zu behandeln. Auch ein zeitlicher Rahmen, etwa die Jahre des Kalten Krieges, würde nicht reichen, um die Studien zu verklammern. Um die einzelnen Beiträge dieses Bandes in einen möglichst plausiblen wissenschaftlichen Zusammenhang zu stellen, mussten sie so eng wie möglich, das heißt systematisch aufeinander bezogen werden. Dazu eignen sich Ansätze, die zum Teil schon etwas länger, seit den 1980er/90er Jahren, zum Teil aber erst seit einigen wenigen Jahren die Geschichtswissenschaft insgesamt befruchten. Die Kritik an einer national verengten, provinziellen Geschichtsschreibung läuft bis heute oft auf den Appell hinaus, mehr zu vergleichen und mehr nach Verknüpfungen zu suchen.¹⁶ Das ist leichter gesagt als getan. Denn ein Thema von zwei Seiten zu betrachten setzt vor-

¹⁴ Zur zögerlichen Abrechnung mit dem Kommunismus vgl. Georgeta Daniela Oancea, *Mythen und Vergangenheit. Rumänien nach der Wende*, Diss., Ludwig-Maximilians-Universität München 2005, <https://edoc.ub.uni-muenchen.de/4577/1/Oancea_Daniela.pdf>, letzter Aufruf 23.10.2019. Zur Rezeption in der Bundesrepublik etwa: Ceausescu-Diktatur: »Sie sollen bezahlen für ihre Verbrechen«. In: *Der Spiegel*, 26.12.2013.

¹⁵ Vgl. den Forschungsüberblick: Jörg Echternkamp, Dieter H. Kollmer, Thorsten Loch, Ralf Volmuth und Rüdiger Wenzke, *Deutsche Militärgeschichte von 1945 bis 1990 im internationalen Kontext. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. In: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*, 76 (2017), 1, S. 132–170.

¹⁶ Vgl. für die Militärgeschichte die Überlegungen am deutsch-französischen Beispiel: Jörg Echternkamp und Stefan Martens, *Militärgeschichte als Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte*. In: *Militär in Deutschland und Frankreich 1870–2010. Vergleich, Verflechtung und Wahrnehmung zwischen Konflikt und Kooperation*. Im Auftrag des Deutschen Historischen Instituts Paris und

aus, dass man sich mit beiden bestens auskennt. Wer die ostdeutschen und die rumänischen Streitkräfte miteinander vergleichen möchte, hat idealerweise über beide geforscht. Dazu benötigt man viel Zeit, Ressourcen und Sprachkompetenz. Hier liegen die Vorteile eines bilateralen Projekts. Werden die Beiträge durch eine solche Konzeption von vornherein aufeinander bezogen, können die Expertisen von *zwei* Seiten für *ein* Thema gebündelt werden.

III.

Der Band nähert sich seinem Thema deshalb in drei Schritten. Erstens geht es um politische Verflechtungen, um hochoffizielle Kontakte führender Militärs auf der *politischen* Ebene des Warschauer Paktes. Die militärischen Beziehungen waren Teil der politischen Systeme. Deshalb ist nach den Rückwirkungen der politischen Beziehungen zu fragen, also etwa danach, ob und wie sich Rumäniens Sonderrolle im Warschauer Pakt auf das militärische Verhältnis zur DDR auswirkte, mit der es ja alliiert war. Zweitens steht ein spezifisch militärischer Aspekt im Mittelpunkt der Beziehungsgeschichte: die Teilnahme der Nationalen Volksarmee und der rumänischen Armee an gemeinsamen Manövern des Warschauer Paktes wie dem Manöver »Waffenbrüderschaft« im Oktober 1970. Drittens wird der Blick nach außen, nach Afrika und in den Nahen Osten, gerichtet und zwar jeweils aus einem ostdeutschen und einem rumänischen Blickwinkel. Die Geschichte der Militärhilfe im Kalten Krieg ist ein noch wenig erforschtes Gebiet.¹⁷ An dieser Stelle geht es weniger um eine militärische Beziehungsgeschichte als um den historischen Vergleich. Nicht die wechselseitigen Beziehungen des ostdeutschen und rumänischen Militärs, sondern der Vergleich ihrer jeweiligen Beziehungen zu Dritten bilden den methodischen Hebel.

Offiziell bestand an der engen Verbundenheit zwischen der DDR und der Sozialistischen Republik Rumänien kein Zweifel. »DDR und SRR verbunden in sozialistischer Gemeinschaft« titelte das »Neue Deutschland« zum 30. Jahrestag der »Befreiung Rumäniens« 1945; man übermittelte »brüderliche Grüße«. Eine DDR-Delegation legte am Helden-Denkmal im Bukarester Freiheitspark (Parc Carol) Kränze nieder.¹⁸ Tatsächlich kühlte sich das Verhältnis in dem Maße ab, wie das rumänische Regime seine eigenen Interessen über die Bündnisverpflichtungen stellte und eine Sonderrolle spielte. Das zeigte sich auch im Verhältnis der Geheimdienste. Arbeiteten das Ministerium für Staatssicherheit und die Securitate seit den frühen 1950er Jahren zunächst eng zusammen – schon um die Besuche ihrer Staatsbürger im anderen Land zu überwachen –, begegnete die Staatssicherheit der Securitate zunehmend mit Misstrauen, nachdem die Rumänische Arbeiterpartei 1964 öffentlich ihren Anspruch auf einen nationalen Sonderweg formuliert hatte. Zwischen 1964

des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam, hrsg. von Jörg Echternkamp und Stefan Martens, Paderborn [u.a.] 2012, S. 1–21.

¹⁷ Für die DDR und ihre Armee vgl. Klaus Storkmann, *Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die »Dritte Welt«*, Berlin 2012 (= *Militärgeschichte der DDR*, 21).

¹⁸ Neues Deutschland, 23.8.1974.

und 1973 setzte man die Kooperation auf Sparflamme fort. Nach Ceaușescus Kritik an der Besetzung der Tschechoslowakei 1968 gingen beide Seiten immer mehr auf Konfrontationskurs und spionierten sich gegenseitig aus.¹⁹

Einen gemeinsamen Bezugspunkt der Außenpolitik beider Länder, der auch auf die militärischen Beziehungen zurückwirkte, bildete neben der Sowjetunion die Bundesrepublik Deutschland. Rumänien nahm bereits 1967 diplomatische Beziehungen zu Westdeutschland auf. Ceaușescu sah sich als Vermittler zwischen Ost und West. In der Bundesrepublik war wohl bekannt, dass Bukarest seit dem Einmarsch in Prag Manöver des Warschauer Paktes im eigenen Land konsequent verweigerte und seine Militärausgaben leicht reduziert hatte. Bukarests Kontakte zur Bundesrepublik wurden dort als Beleg dafür gelesen, dass die Sowjetunion das sozialistische Lager nicht vollständig absperren konnte.²⁰ Ceaușescu erhielt 1971 die höchste Auszeichnung für fremde Staatsoberhäupter, die die Bundesrepublik zu vergeben hatte. Ceaușescu und Willy Brandt unterzeichneten 1973 im Zuge der neuen Ostpolitik ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auch Helmut Kohl empfing das Ehepaar Ceaușescu 1984 in Bonn. Im schwierigen deutsch-deutschen Verhältnis leitete erst der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972, der den Austausch von Ständigen Vertretern vorsah, den Beginn der Entspannungspolitik und die Abkehr von der Hallstein-Doktrin ein, nach der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR als ein »unfreundlicher Akt« gegenüber der Bundesrepublik eingestuft worden war. Das internationale Klima der Entspannung bestärkte paradoxerweise die SED-Führung in ihrer Entschlossenheit, die NVA zu einer »kampfstarken Koalitionsarmee« auszubauen (Rüdiger Wenzke). In einem Punkt, der freilich nicht an die Öffentlichkeit dringen sollte, waren sich Ost-Berlin und Bukarest einig: Beide trieben mit der Bundesrepublik Handel nach dem Motto »Deutsche gegen Devisen«. Ging es auf der einen Seite um den Freikauf politischer Häftlinge, flossen auf der anderen Seite Milliarden, damit mehr als eine Viertelmillion Deutschstämmige – Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben – das Land zwischen 1968 und 1989 verlassen durften. Zum Vergleich: Von 1963 bis 1989 kaufte die Bundesregierung etwa 34 000 politische Häftlinge aus der DDR frei.

Trotz des jahrelang gespannten Verhältnisses riss die Verbindung zwischen der DDR und Rumänien im militärischen Bereich im weiten Sinn nie ab (*Klaus Storkmann*). Neben Austauschprogrammen für den Urlaub und Besuchen der Verteidigungsminister sowie von Vertretern der Grenztruppen stand seit den späten 1950er Jahren die Rüstungs Kooperation im Mittelunkt: Panzerfäuste für die DDR, Periskope für Bukarest – so lässt sich das Muster des Export-/Importgeschäfts beschreiben, in dem Rumänien vor allem infanteristische, die DDR elektronische Ware lieferte. Als der reformfreundige Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail

¹⁹ Georg Herbstritt, *Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989*, Göttingen 2016. Dazu und zum Umgang mit der Vergangenheit: Georg Herbstritt, *Entzweite Freunde. Die Beziehungen zwischen Stasi und rumänischer Securitate 1950 bis 1989*, <<https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/250385/entzweite-freunde>>, letzter Aufruf 23.10.2019).

²⁰ Christian Schmidt-Häuer, *Doch noch ein wenig Dialog. Rumäniens Führer Nicolae Ceaușescu blieb seinen außenpolitischen Prinzipien treu*. In: *Die Zeit*, 19.10.1984.

Gorbačev ab 1985 im sozialistischen Lager für Unruhe sorgte, schmiedete die gemeinsame Ablehnung von Perestroika und Glasnost den 77-jährigen Honecker und den 71-jährigen Ceaușescu (1989) in neuer Freundschaft zusammen. Dass ihr dogmatisches Festhalten am Marxismus nach der anfänglichen »Eiszeit« am Ende ein »konservatives Bündnis« begründete, kann man mit *Manuel Stănescu* als ein Paradoxon bezeichnen. Demonstrativ überreichte der SED-Chef dem rumänischen Diktator im November 1988 die höchste Auszeichnung der DDR, den Karl-Marx-Orden. »DDR und Rumänien werden ihre Zusammenarbeit weiter vertiefen«, prognostizierte das »Neue Deutschland«.²¹

Zusammenarbeit in der militärischen, aber auch symbolischen Praxis bildete den Kern gemeinsamer Manöver, um die es in einem zweiten Schritt geht. Sie waren nicht nur realistische Übungen, mit denen sich die Streitkräfte auf einen Einsatz in einem bewaffneten Konflikt vorbereiteten. Mit gemeinsamen Manövern verfolgten die Bündnispartner auch den Zweck, nach außen, gegenüber der NATO, Einsatzfähigkeit und Entschlossenheit zur Schau zu stellen. Nach innen – darum dreht es sich hier – lassen Manöver der VSK wie unter einer Lupe erkennen, wie es um die militärischen Verhältnisse innerhalb des Warschauer Paktes bestellt war. Das betraf die Einstellung eines Mitgliedsstaates zum Pakt im Allgemeinen, zur sowjetischen Führungsmacht im Besonderen, aber auch das Verhältnis der Mitgliedsstaaten untereinander. Im Manöver nahm die »Vertragsorganisation« Gestalt an. Großübungen eigneten sich zudem dazu, ja erzwangen geradezu, die Rolle einzelner Bündnispartner auszuhandeln, das militärische Ereignis ideologisch aufzuladen und politisch zu nutzen. In der Praxis kam es nicht nur auf die Teilnahme selbst an, sondern auch darauf, wie in den gelenkten Medien über simulierte Kampfhandlungen und prominente Beobachter berichtet wurde. So nutzte der junge ostdeutsche Staat das Manöver mit dem bezeichnenden Namen »Waffenbrüderschaft«, das im Oktober 1970 auf seinem Territorium stattfand, um sich als ein Mitglied des Warschauer Paktes auf Augenhöhe und im Unterschied zu Rumänien als loyaler Partner der UdSSR zu präsentieren (*Christoph Nübel*).

Manöver warfen eine Reihe struktureller Probleme auf, wie die Beiträge zeigen. Auf wessen Territorium wurden die Manöver abgehalten? War die Anwesenheit fremder Soldaten formal durch die Bündniszugehörigkeit legitimiert oder bedurfte es bilateraler Verträge? Wer wertete die Manöver aus und zog die Schlussfolgerungen? Zum einen konnten Manöver der UdSSR als Deckmantel dienen, um den Aufmarsch für eine Invasion vorzubereiten. Dank der Stabsmanöver des Warschauer Paktes war die UdSSR in der Lage, das Gelände vor Ort zu erkunden. Zum anderen ging es aus Moskaus Sicht darum zu verhindern, dass ein nationales Verteidigungsministerium die Fähigkeit erlangte und erprobte, auf seinem Territorium selbstständig Krieg zu führen (*Sorin-Vasile Negoită*).

Schließlich berührte die Verlegung fremder Truppen auf das Territorium eines anderen Staates einen neuralgischen Punkt staatlicher Souveränität. Was die Rolle der DDR und Rumäniens betrifft, hätte sie kaum unterschiedlicher sein können. Die DDR gehörte wie Bulgarien, die Tschechoslowakei (ab 1968), Polen und Ungarn

²¹ Neues Deutschland, 18./19.11.1988.

zu den loyalen Mitgliedsstaaten. Die NVA galt als Musterknabe, die rumänische Armee dagegen als schwarzes Schaf. Rumänien war zwar ununterbrochen Mitglied der Militärallianz, pochte aber auf nationale Interessen. Weiter gingen nur Albanien, das am 13. September 1968 austrat, und Jugoslawien, das gar nicht erst eingetreten war. Ein gravierender Unterschied liegt zudem darin, dass in der DDR sowjetische Truppen stationiert waren, nicht dagegen in Rumänien.

Internationale Militärhilfe, der dritte Untersuchungsaspekt, war in erster Linie eine Facette der nationalen Außenpolitik. Europäische Staaten, die auf diesem Handlungsfeld in Afrika oder im Nahen Osten wirkten, erwiesen sich als Akteure in einem Kalten Krieg, dessen Globalität die neueren Cold War Studies zu Recht herausstreichen.²² Nicht zufällig forcierte Rumänien sein militärisches Engagement in Afrika in den 1960er Jahren, nach dem Entschluss zu einer souveränen Außenpolitik 1964 und Ceaușescus Weigerung, sich 1968 am Einmarsch in die Tschechoslowakei zu beteiligen. Die militärische Unterstützung wurde jenen afrikanischen Ländern gewährt, in denen marxistisch-leninistische Befreiungsbewegungen um die Macht oder den Machterhalt rangen wie in der Demokratischen Republik Kongo unter dem Diktator Marien Ngouabi. Aber auch der African National Congress (ANC), der im Untergrund und aus dem Exil gegen das Apartheidsregime in Südafrika kämpfte, durfte auf Unterstützung aus Ost-Berlin und Bukarest hoffen. Hier wusste man sich im Einklang mit der sowjetischen Führungsmacht.

Ebenso suchte die Sowjetunion, die wie das zaristische Russland nie Kolonien in Afrika besessen hatte, nach der Entkolonialisierung auf dem afrikanischen Kontinent Fuß zu fassen, auch um militärische Vorteile gegenüber den Supermächten USA und China zu erlangen. Dazu schreckte Moskau auch vor Verbindungen zu Diktatoren in Guinea, Angola und Äthiopien nicht zurück. Die Sowjetunion mischte vor allem im angolanischen Bürgerkrieg 1975–1976 kräftig mit. Der Ostblock unter Moskaus Führung war nach dem Bruch mit China Ende der 1950er Jahre auf neue Verbündete angewiesen, nicht zuletzt auf Länder mit See- und Flughäfen. Neben den strategischen Vorteilen, die das Netzwerk der geografisch benachteiligten Großmacht UdSSR bot, waren die Verbindungen von politischem Nutzen, weil sie die Grenzen des kommunistischen Machtbereichs weiterzogen. Moskau und andere Ostblockstaaten wie die DDR und Rumänien profitierten von der politischen Instabilität, die nach dem Ende der Kolonialzeit die Staaten südlich der Sahara plagte. Um kommunistische Regime zu etablieren, unterstützten sie oppositionelle und aufständische Gruppen, die Marx, Engels und Lenin auf ihrem Schilde führten und ihren Befreiungskrieg auch als einen Kampf gegen den »Imperialismus« deklarierten.²³ Rumänien und die DDR beteiligten sich an den Stellvertreterkriegen, welche die Sowjetunion, die USA und China in den 1970er Jahren in Afrika führten, in Angola vor allem und am Horn von Afrika (Somalia).

Dabei lässt sich in beiden Fällen eine zeitliche Dynamik beobachten. Weil die Militärgeschichte nicht von der politik-, sozial- und kulturgeschichtlichen Entwick-

²² Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of our Times*, Cambridge 2005; Odd Arne Westad, *Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte*, Stuttgart 2019.

²³ Winrich Kühne, *Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements*, Baden-Baden 1983.

lung getrennt werden kann, folgte die Militär- und Sicherheitspolitik beider Regime nicht zuletzt deren innenpolitischen Entwicklungen, die wiederum vom Verhältnis zur UdSSR abhing. In der Gründungsphase und – im Fall der DDR – vor der offiziellen Aufrüstung spielten die Streitkräfte eine geringere Rolle als seit den späten 1960er Jahren.

In der ostdeutschen und rumänischen Praxis nahm die Militärhilfe verschiedene Formen an.²⁴ Dazu gehörten in beiden Fällen zum einen die reine Finanzhilfe, zum anderen die Lieferung von Rüstungsgütern. Rumänien wie die DDR exportierten auf Geheiß der politischen Führung Waffen, Munition und militärisches Gerät in die »Dritte Welt«. Einer dritten Form, dem Entsenden von Militärberatern, kam im rumänischen Fall größere Bedeutung zu, wie die »Operation Sirius«, die Ausbildung militärischer oder paramilitärischer Einheiten und ihrer einheimischen Ausbilder im angolanischen Bürgerkrieg Mitte der 1970er Jahre, nachdrücklich belegt (*Sorin Cristescu*). Die politische und militärische Führung der DDR gab sich dagegen zugeknöpft, wenn entsprechende Anfragen aus afrikanischen Staaten eingingen; Angehörige der NVA in Krisengebiete zu entsenden und womöglich in Kampfhandlungen verwickelt zu werden schien in der Regel zu riskant. Stattdessen praktizierte Ost-Berlin Militärhilfe vor allem in Form von Ausbildungshilfe in der DDR, eine Variante, die auch Bukarest nutzte. Beide Länder handelten im Einverständnis, wenn nicht in enger Abstimmung mit Moskau. Für die Satrapen Ulbricht und Honecker war das selbstverständlicher als für den auf Eigenständigkeit bedachten Ceaușescu. Der deutsch-rumänische Vergleich zeigt zudem, dass Moskau die Militärhilfen der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes trotz seiner Führungsrolle nicht zentral koordinierte, und auch die jeweiligen Staaten stimmten ihr Vorgehen nicht untereinander ab, was mit den nationalen ökonomischen Interessen zusammenhing, die bei aller Solidaritätsrhetorik ebenfalls verfolgt wurden (*Klaus Storkmann*).

Geheimhaltung war eine weitere Gemeinsamkeit, wie der ostdeutsch-rumänische Vergleich zeigt. Wenngleich Militärhilfe ein starkes Zeichen der weltweiten Solidarität mit sozialistischen und kommunistischen Regimen und Bewegungen war, hatte kein Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes ein Interesse daran, seinen Einsatz auf diesem außenpolitischen Handlungsfeld an die große Glocke zu hängen. Stattdessen nahm man weite Umwege in Kauf, entfernte Hoheitszeichen und zerlegte Material in Einzelteile, um die Operationen zu verschleiern. Rüstungsexporte in Konfliktgebiete, militärische Beratung für gewalttätige Potentaten, Ausbildung afrikanischer Aufständischer mitten in Europa: Ein größerer Widerspruch zu den eigenen Friedensbeteuerungen wäre kaum denkbar gewesen. Waffenexporte und Ausbildungshilfen passten vor allem dort nicht ins Bild sozialistischer Arbeiter- und Bauernstaaten, wo sich afrikanische Diktatoren auf den Marxismus-Leninismus beriefen, um ihre Gewaltherrschaft ideologisch abzustützen. Wo diese Praxis ruchbar wurde, hagelte es mit Ironie gespickte Proteste aus dem Westen. Als beispielsweise das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der

²⁴ Vgl. für die DDR: Storkmann, *Geheime Solidarität* (wie Anm. 17); Klaus Storkmann, *Solidarität und Interessenpolitik. Militärhilfen der DDR für die Dritte Welt*. In: *Wege zur Wiedervereinigung: Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990*. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hrsg. von Oliver Bange und Bernd Lemke, München 2013, S. 357–376 (= Beiträge zur Militärgeschichte, 75).

Spiegel« 1980 von Honeckers »Afrika-Korps« sprach, spielte es auf die Kontinuität zur Wehrmacht an, um die SED-Führung zu diskreditieren und ihre Friedensparolen wie Luftblasen platzen zu lassen. Für die deutsche Seite besonders heikel war Militärhilfe für Staaten wie Ägypten, Jordanien und Syrien, die im Sechstagekrieg 1967 und im Jom-Kippur-Krieg 1973 Israel angegriffen hatten. Die DDR, die sich als »antifaschistischer Staat« zu legitimieren suchte und Israel mit seiner Kibbutz-Bewegung anfangs wohlgesonnen gewesen war, stellte sich im Nahost-Konflikt auf die Seite der Feinde des jüdischen Staates, dessen Verfassung vom 14. Mai 1948 die Gründung nicht zuletzt mit dem Holocaust rechtfertigte.²⁵ Nach dem Sechstagekrieg brachen alle osteuropäischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab – außer Rumänien. Ob aus der DDR oder der SRR: Militärhilfe für die Dritte Welt war ein willkommenes Argument für die Gegenseite, dem östlichen Lager jenen Militarismus nachzuweisen, den dieses gerne den westlichen »Imperialisten« ankreidete. Wenn doch einmal etwas an die Öffentlichkeit geriet – weil sich etwa eine afrikanische Delegation vor laufender Kamera für die gelieferten Waffen bedankte –, scheute man nicht vor der Manipulation der Nachrichten zurück, um den Imageschaden zu begrenzen. Den Zugang zu Informationen zu kontrollieren war noch stets ein Herrschaftsmittel. Das führt zu einem letzten Punkt.

Ob es um die militärisch-politischen Kontakte zwischen der DDR und Rumänien, die Teilnahme ihrer Streitkräfte an Manövern des Warschauer Paktes oder die Militärhilfe in Afrika und im Nahen Osten geht: Bei der Bearbeitung dieser militärgeschichtlichen Forschungsfelder fallen die Arbeitsbedingungen der Forschenden in Deutschland und Rumänien höchst unterschiedlich, ja gegensätzlich aus. Für die Geschichtsschreibung der DDR, die Militärgeschichte eingeschlossen, war die Friedliche Revolution 1989/90 ein historiografischer Glücksfall. Mit dem Ende der DDR wurde das staatliche Schriftgut für die Öffentlichkeit weitestgehend zugänglich gemacht. Die Akten aus der Vergangenheit der NVA finden sich im Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv in Freiburg i.Br.; weitere Dokumente liegen in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch). Hinter dem Bemühen, die Archivalien schnell nutzbar zu machen, steckte der politische Wille, die Geschichte der DDR »aufzuarbeiten«. Ohne diese Entscheidung zur Öffnung der Archive wäre die intensive Erforschung der Militärgeschichte der DDR seit den 1990er Jahren nicht möglich gewesen. In Rumänien, wo eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung ebenso wie der Umgang mit der bisherigen Geschichte in den Grenzen desselben Staates ausgehandelt werden musste, standen die Elitenkontinuität und die zögerliche Bereitschaft, sich mit der kommunistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen, der historiografischen Transparenz lange im Wege. So betonen die rumänischen Autoren am Ende ihrer Beiträge die Notwendigkeit eines besseren Zugangs zu den Quellen im Nationalen Militärarchiv, dem Arhivele militare Naționale Române in Bukarest. Es bleibt zu hoffen, dass sich das große Tor am Boulevard Drumul Taberei Nr. 7 in Zukunft weiter öffnen wird.

²⁵ Jeffrey Herf, *Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche Linke 1967–1989*, Göttingen 2019.

Angesichts dieser Archivproblematik wird mit der Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse erstmals auch Quellenmaterial der ostdeutsch-rumänischen Militärgeschichte zugänglich gemacht. In einem eigenen Dokumententeil finden sich neben Presseberichten und Fotos vor allem bislang unveröffentlichte, einschlägige Archivdokumente der Beziehungs- und Vergleichsgeschichte. Sofern die Autoren sie für ihre Beiträge herangezogen haben, wird auf diese Dokumente im Text verwiesen. Eine militärgeschichtliche Dokumentation, wie sie für die DDR und die Bundesrepublik jetzt vorliegt, wäre auch für Rumänien wünschenswert.²⁶ Restriktive Zugangsregelungen aufzuheben ist eine notwendige Bedingung dafür, die rumänische Militärgeschichte und damit auch eine deutsch-rumänische Beziehungs- und Vergleichsgeschichte der Streitkräfte im Interesse einer trans- und internationalen Militärgeschichte des Kalten Krieges weiter voranzutreiben.

* * *

Der vorliegende Band baut auf einem Workshop auf, den das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und das Institutul pentru Studii Politice de Apărare și Istorie Militară (ISPAIM) am 26. Februar 2019 in Bukarest durchgeführt haben. Für seine Konzeption hat es sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen, dass mit den rumänischen Partnern, namentlich mit Carmen Rijnoveau und Sorin-Vasile Negoită, schnell Einvernehmen darüber bestand, jeweils zwei Beiträge von beiden Seiten systematisch aufeinander zu beziehen, soweit das angesichts des unterschiedlichen Forschungsstandes möglich war. Eine besondere Chance lag darin, dass am ZSMBw wie am ISPAIM ein Forschungsinteresse an der Geschichte der Militärhilfe der DDR bzw. Rumäniens in der »Dritten Welt« bestand. Aus dieser gemeinsamen Überlegung ergab sich der methodische Dreischritt auch dieser Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse.

Um ein möglichst breites deutsches, rumänisches und internationales Publikum zu erreichen, werden die Beiträge zum einen in der Reihe »Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr« veröffentlicht. Zum anderen werden sie in der *Revista de Istorie Militară* publiziert, der Fachzeitschrift des ISPAIM, wo eine englische Übersetzung erscheint. Für den umfangreichen Dokumententeil haben die Autoren in Potsdam und Bukarest dankenswerterweise einige ihrer archivalischen Fundstücke beigesteuert. Dafür und für die rasche Fertigstellung der Manuskripte ist ebenso Dank zu sagen wie Michael Thomae für das Lektorat und Carola Klinke für den Satz, die Aufbereitung des Dokumententeils und die Druckvorbereitung. Die Verankerung der deutsch-rumänischen Militärgeschichte in der institutionellen Kooperation von ZSMBw und ISPAIM ist eine gute Voraussetzung dafür, die Militärgeschichte beider Länder als Teil der Zeitgeschichte weiter voranzubringen.

²⁶ Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945–1990. Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hrsg. von Christoph Nübel, Berlin 2019 (= Deutsch-deutsche Militärgeschichte, 1).